

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
 Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“): durch die Post bezogen ohne Beleggeld monatlich 1.20, vierteljährlich 3.60; durch die Kasporette wöchentlich 30 A frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 A. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 A.
 Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Stenzel in Hamburg.

Dienstag, den 5. Januar 1904.

Anzeigen werden die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum mit 80 A.
 für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 30 A berechnet.
 Anzeigenannahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends),
 in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus.
 Redaktion und Expedition: Nebländerstraße 11 in Hamburg 1.

Zitieren: Süd-St. Pauli bei Carl Lemmerhoff, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Simsbüttel, Langensfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Simsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Vorstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmannweg 51, Eppendorf. Wandsbek, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Baustr. 12, Wandsbek. St. Georg, Sothenfeld, Borgfeld, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfeld. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder, Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbek, Wandsbek und Pinneberg bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Lubwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Wahrenfeld bei Johannes Heine, Wahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Arbeiter! Parteigenossen! Gedenket der kämpfenden Weber in Grimmitzschau!

Hierzu eine Beilage.

Die Entwicklung der Sozialdemokratie in Preussischer Beleuchtung.

II.

Vor einiger Zeit haben wir auf den besonders beachtenswerten Umstand hingewiesen, daß der Fortschritt der Sozialdemokratie bei der letzten Wahl eine viel gleichmäßigere Verteilung über das ganze Reich anzeigt, als früher. Auch Neumann-Hofer legt auf diesen Umstand Gewicht, denn: einen Rückschlus auf die absolute Zahl der sozialdemokratischen Stimmen weist diesmal kein einziger Bundesstaat auf, während 1898 Schwaben-Lippe und Braunschweig und 1893 Schwarzburg-Sondershausen, Lippe und Bremen freilich nur ziemlich unbedeutende Rückschlüsse zeigten. Er hebt diejenigen Kleinststaaten hervor, die sich durch starke Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen auszeichnen: Oldenburg, die beiden Lippe, Waldeck, Sachsen-Weimar und auch Braunschweig. Berücksichtigungsmäßig am geringsten war der Fortschritt in den ältesten Eigen der Sozialdemokratie unter den Kleinststaaten, den beiden Meckl., wo die absolute Majorität nur knapp erreicht wurde. Zu Mecklenburg, wo nach teilweise Rückschlüssen im Jahre 1893 bei der Wahl von 1898 sehr bedeutende Fortschritte zu finden waren, hat sich jetzt eine langsamere Entwicklung bemerkbar gemacht.

Sehr ungleichmäßige Verteilung zeigten sich 1898 in Südbrentschland. Diesmal ist dort durchweg eine außerordentlich starke Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen, die nach Neumanns Darstellung in Baden und Hessen 40 und in Bayern und Württemberg gar 50 Prozent übersteigt. Sassen, Baden und Württemberg weisen überhaupt das ganze letzte Jahrzehnt hindurch außerordentlich große Fortschritte auf. Dagegen war in Bayern der Fortschritt 1898 nur unbedeutend, ihn brachte fast ganz die industrielle Rheinpfalz. Hier bayerische Regierungsbezirke zeigten damals einen Stimmenrückgang, die vier anderen Bezirke einen diesen Rückgang nur wenig übersteigenden Zuwachs, während jetzt in allen acht Bezirken erhebliche Steigerungen eingetreten sind.

Auch in Elsaß-Lothringen hat die sozialdemokratische Stimmenzahl eine nicht unbedeutende Erhöhung erfahren; das hier, immer noch gewisse Sprünge in der Entwicklung zu finden sind, erklärt Neumann aus den ungeläuterten politischen Verhältnissen, vor allen Dingen aus dem Hineinrücken des Protestmomentes. Er fügt hinzu: „Während in den meisten Wahlkreisen des Reichslandes ansehnliche Erhöhungen der sozialdemokratischen Stimmenzahl auftraten, sind im Wahlkreise Zabrern, in dem das letzte Mal ein beachtenswerter Vorstoß (2944 sozialdemokratische Stimmen) gemacht worden war, die sozialdemokratischen Stimmen wieder ganz verschwunden.“ Mühlhausen, ein alter Parteifeld, der bereits dreimal hinter einander die sozialdemokratischen Kandidaten im ersten Wahlgange in den Reichstags gewählt, hat den gewaltigen Rückgang, der bei der — durch besagte Wahlkreise herbeigeführt — Erstaufwahl des Jahres 1900 erfolgte, noch nicht wieder einföhlen können.

In Sachsen, dem „roten“ Königreich, hatten die sozialdemokratischen Stimmen schon früher eine gewaltige Zahl erreicht. Trotzdem haben sie sich am 16. Juni v. J. fast um die Hälfte vermindert, so daß sie jetzt wieder über die Hälfte der abgegebenen Stimmen (441 764 : 750 796) ausmachen und von den 23 sächsischen Kreisen 22 sozialdemokratisch im Reichstago vertreten sind. Neumann bemerkt, daß die — jetzt reichlich angelegenen — Stimmenrückgänge, die sich 1898 in Sachsen an vielen allen Parteifeldern zeigten, von den Parteigängern lediglich auf die allzu große Siegeszuversicht zurückgeführt wurden. Diese Erklärung ist die allein richtige. Aus unserer eigenen Erfahrung heraus wissen wir, daß der Fehler, unter sicherer Voraussicht des Sieges es an energischer Tätigkeit fehlen zu lassen, schon häufiger von Parteigenossen hier und da gemacht worden ist und zu Stimmenrückgängen oder verhältnismäßig zu geringen Stimmenzuwächsen, ja sogar schon zum Verlust des Mandats geführt hat.

Auf Preußen entfallen nach Neumanns Berechnung von dem Zuwachs der abgegebenen Stimmen 1 019 608 und von dem Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen 501 564. In dem größten Bundesstaat hat die Sozialdemokratie also nicht ganz die Hälfte des Stimmenzuwachses im Anspruch genommen. In sämtlichen preussischen Regierungsbezirken zeigt sich ausnahmslos eine Zunahme der sozialdemokratischen Stimmenzahlen, während bei der 1898er Wahl sechs Bezirke: Marienwerder, Köslin, Posen, Trier, Aachen und Signaringen, Rückschlüsse aufwiesen. Gerade diese Bezirke sind diesmal, wie auch der westliche Industriebezirk, die Mark und die Stadt Berlin, besonders stark an der Steigerung beteiligt.

Die gleichmäßigere Entwicklung der Sozialdemokratie bei der letzten Wahl stellt Neumann aus einer summarischen Betrachtung der einzelnen Wahlkreise fest: während 1898 nicht weniger als 120, also fast ein Drittel aller Wahlkreise, einen, wenn auch meist geringen Rückgang sozialdemokratischer Stimmen gegen die absolute Stimmenzahl von 1893 aufwiesen, und während bei der Wahl von 1893 die Zahl der Kreise, die hinter der sozialdemokratischen Stimmenzahl von 1900 zurückblieben, auch noch 65 betrug, ist bei der diesjährigen Wahl diese Stimmenzahl nur in 10 Wahlkreisen zurückgegangen, von denen 8 im Osten und 2 im Elsaß liegen.

Als geschichtliche Stütze der Sozialdemokratie glaubt Neumann nur diejenigen betrachten zu können, in denen mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten sozialistische Wähler sind.

Im großen und ganzen zeigt nach den Tabellen Neumanns, welche eine genaue Vergleichung ermöglicht, die Entwicklung der Sozialdemokratie seit 1871 in den einzelnen Wahlkreisen immer das gleiche Bild: einen stetigen, bald langsameren, bald schnelleren Fortschritt, der meist nur vorübergehend durch wenig bedeutende Rückschlüsse unterbrochen wird. So bei den schon unter dem Zeichen des Sozialistengesetzes stehenden Wahlen von 1878, bei denen der Kaufleute und niederrheinische Terrorismus unter Führung der öffentlichen Gewalt gegen die Sozialdemokratie geübt wurde. Dann wieder bei den Wahlen von 1887, wo dieser Terrorismus abermals besonders scharf einwirkte.

Stetig vermindert hat sich die Zahl der Wahlkreise, in denen keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben wurden. Bei der Wahl von 1871 betrug sie (Elsaß-Lothringen wählte damals noch nicht mit) 291. Dann, nachdem die 15 reichsländischen Wahlkreise hinzugekommen, stellten sich bei den folgenden Wahlen die Zahlen wie folgt: 1874: 235; 1877: 201; 1878: 207; 1881: 224; 1884: 178; 1887: 140; 1890: 54; 1893: 16; 1898: 12 und 1903: 3 Wahlkreise. Daß die Sozialdemokratie überall Anhänger findet, wußte Neumann aus einer „bedenkenswerten Erscheinung, die bei keiner anderen Partei in ähnlicher Weise hervortritt.“ Unberührt von ihr sind nur noch einige Kreise im polnischen äußersten Osten und im ultramontanen äußersten Westen.

Die Ueberblichkeit der Entwicklung der sozialdemokratischen Partei in den Wahlkreisen wird erhöht durch folgende Zusammenstellung. Sozialdemokratische Stimmen wurden abgegeben: 1871 in 1; 1874 in 162; 1877 in 196; 1878 in 190; 1881 in 173; 1884 in 219; 1887 in 257; 1890 in 343; 1893 in 381; 1898 in 385 und 1903 in 394 Wahlkreisen.

Bei der Wahl von 1871 machten die sozialdemokratischen Stimmen nur in 38 Kreisen über 10 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen aus, 1881 schon in 60 und 1903 in 276 Kreisen. Ueber 50 Prozent, also die absolute Mehrheit, hatten im Jahre 1871 nur 2; 1874: 8; 1877: 10; 1878 wieder nur 2; 1881: 0; 1884: 9; 1887: 6; 1890: 20; 1893: 24; 1898: 33 und 1903: 56 Wahlkreise. Und über 60 Prozent wurden 1871 in 1, 1874 und 1877 in je 2, 1878 und 1881 in keinem, 1884 und 1887 in 1, 1890 in 9, 1893 in 8, 1898 in 10 und 1903 in 14 Wahlkreisen erreicht. 70 Prozent hat bei den letzten vier Wahlen der 4. Berliner Wahlkreis überschritten, der damit seit 1890 ununterbrochen an der Spitze der Liste steht; bei der 1898er Wahl auch Hamburg II und Altona, das diesmal wieder knapp unter diese Grenze gekommen ist, und zwar infolge des etwas stärkeren Stimmenaufgebots der Gegner. Bei der letzten Wahl hatten auch Berlin IV und Glatzau diesen Satz überschritten.

Im ersten Wahlgange wurden (entsprechend den obigen Ziffern, betreffend die erzielte absolute Stimmenmehrheit) 1871: 2; 1874: 8; 1877: 10; 1878: 2; 1881: 0; 1884: 9; 1887: 6; 1890: 20; 1893: 24; 1898: 32 und 1903: 56 sozialdemokratische Abgeordnete gewählt. Die 3 Stichwahlen des Jahres 1871 gingen sämtlich verloren; von den 11 Stichwahlen des Jahres 1874 wurden 2 und von den 20 Stichwahlen des Jahres 1877 nur 3 gewonnen. Die drei nächsten Wahlen, die sich unter dem Druck des Sozialistengesetzes vollzogen, brachten für unsere Partei das Resultat, daß der größte Teil der Fraktion erst in den Stichwahlen gewählt wurde. Besonders auffällig dabei ist, daß die zur Stichwahl gelangenden bisher günstigen Kreise meistens verloren gingen, während öfter Kreise erobert wurden, in denen unsere Partei nicht einmal auf eine Stichwahl, geschweige denn auf einen Sieg gerechnet hatte. Die Sozialdemokratie gewann:

Jahr	1898 von	98 Stichwahlen	24
1903	118	25	
1877	493 258	9,13	25
1878	437 158	7,59	25
1881	311 961	6,12	25
1884	549 990	9,77	25
1887	763 178	10,12	25
1890	1 427 298	19,75	25
1893	1 780 989	23,21	25
1898	2 113 536	27,24	25
1903	3 010 756	31,71	25

Mit diesen Stimmenzahlen steht, das konstatiert Neumann ausdrücklich, die Sozialdemokratie weit aus an der Spitze aller deutschen Parteien. Bereits bei der Wahl des Jahres 1890 hatte sie diesen Rang erreicht, indem sie die Zentrumspartei um über 85 000 Stimmen überholte. Dieser Abstand erweiterte sich 1893 auf 312 000 und bei der Wahl von 1898 auf 658 000 Stimmen. Und jetzt hat sich der Vorsprung vor dem Zentrum auf über 1 100 000 Stimmen erhöht. Neumann berechnet, daß auch, wenn man verwandte Gruppen zusammenfassen, sie nicht die Stärke der Sozialdemokratie erreichen. So erhielt die gesamte Rechte (die beiden konservativen und die antisemitischen Parteien nebst Bund der Landwirte und Bauernbunde) zusammen nur 1 787 000 Stimmen. Alle fünf liberalen Parteien zusammen genommen repräsentieren noch eine weit geringere Stimmenzahl als die Sozialdemokratie, nämlich nur 2 242 000.

Daß die Sozialdemokratie nicht ihrer Stärke entsprechend im Reichstago vertreten ist, haben wir schon öfter nachgewiesen. Hätten wir eine der Verfassung entsprechende Wahlkreiseinteilung, so würde schon daraus sich für uns eine Anzahl Mandate mehr ergeben, so speziell für Hamburg, Berlin und andere Großstädte. Und bestünde das Proportionalwahlsystem, so würde unsere Partei jetzt im Reichstago über 126 statt über 81 Mandate verfügen, während das Zentrum statt 100 nur 78 Mandate hätte.

Diese Statistik der Entwicklung der Sozialdemokratie redet eine sehr deutliche, eindringliche und überzeugende Sprache. Sie lehrt für jeden, der des Kerns fähig ist, daß die sogenannte „Anstaltspartei“ eine elementare Macht repräsentiert, gegen die auf die Dauer kein Sträuben, kein Protektieren, nicht Lüge und nicht Gewalt hilft — die Macht des in gerechten Prinzipien stetig erstarkenden Volksgewisses!

Von der Weltbühne.

Der festgefahrene Karren, so könnte man den Stand der Handelsvertragsverhandlungen wohl mit Recht nennen. Festgefahren ist die Sache zwar nicht jetzt erst, sondern schon bei Aufstellung des Wiener Vertrags, als man hoffte, die hundertjährige, die man gar nicht in Strafe treten lassen kann. Diese Idee wurde eingeleitet, um sie abzuhandeln zu lassen. Man müßte aber die ausländischen Unterhändler grandiose Geld fern, wenn sie auf diesen Gomp hinfallen würden. Jeder handelspolitische Vorkurs hat es dem Wüderlauf an, daß Deutschland den besten Verfallort den größten Schaden haben würde.

Nun werden die Agrarier aber ungenügend, daß die Vorkurserei noch gar nicht beginnt. Sie haben im Reichstago eine Interpellation eingebracht und hoffen dadurch wenigstens die Kündigung der alten Verträge zu erzwingen. Die offiziellen Blätter stellen nun schon in Aussicht, daß das auch nicht nützlich werde. Darüber ist nun die „Deutsche Tageszeitung“ in heftigen Tönen entsetzt. Sie schreibt:

nicht annehmen. Wir wissen, daß unsere Position in der Angelegenheit der Handelsverträge viel härter und besser ist als die der anderen Länder: und wir haben bisher Grund gehabt, von dem diplomatischen Geschehen des verantwortlichen Vertreters der Reichspolitik nicht gering zu denken. Deshalb können wir nicht im mindesten glauben, daß der Reichstag selbst sich durch die Anfrage peinlich berührt fände. Im Gegenteil, wir legen die Meinung, daß er die gebotene Gelegenheit gern ergreifen werde, um aufklärend nach der einen, warnend nach der anderen Seite zu wirken. Sollten wir uns in dieser Vermutung täuschen, so würden wir das im Interesse der Handelsvertragsverhandlungen, im Interesse der Stellung des Reichs und nicht zuletzt im Interesse des Kanzlers selbst aufs lebhafteste bedauern.

Der Glaube an das Geschick des Reichsanlangers fällt aber bei Dertel nicht lange vor, denn bald nach der hier zitierten Stelle heißt es:

„In der Presse wird hier und da angedeutet, daß der Kanzler entweder die Verantwortung ganz ablehnen oder sich auf einige allgemeine Redensarten beschränken werde. Man erinnert dabei an den etwas theatralischen „Auszug“ der preussischen Minister bei der Beratung des Konventionen-Antrags bezüglich des Zolltariffs im Abgeordnetenhause. Aus den Gesprächen, die der preussische Ministerpräsident damals gemacht hat, wird er wohl erfahren haben, daß sein damaliges Vorgehen nicht sonderlich klug und männlich und geschickt war, und er wird sich wohl hüten, es zu wiederholen.“

Siehe! das man annehmen, daß die Schmeichelei für den Reichsanlangers nicht erst gemeint ist. Glaubt man nicht das Bedenken, denn, wenn der Reichsanlangers nur so tanzt, wie die Agrarier pfeifen, dann fällt er bei den Agrariern in Ungnade. Bei Hofe sind aber die agrarischen Zunker eine Grochwacht. Was er zu erwarten hat, wenn nicht bald der Wüderlauf in Kraft tritt, wird durch folgende Erwägung angedeutet:

„Eine Verhinderung der Verantwortung würde eine ganz andere, sehr bedauerliche Wirkung herbeiführen; denn die Interpellation ist, wie aus ihrer Form und den Unterfragen hervorgeht, nicht von einigen Mitgliedern der Partei, sondern von der gesamten Fraktion als Fraktionsfrage eingebracht worden. Welche Folgen eine solche Prästierung haben müßte, das bedarf keiner näheren Darlegung. Das weiß der Kanzler ebenso gut wie wir. Diese Folgen würden nicht nur auf dem Gebiete der Parteipolitik liegen, sondern auch in einer überaus empfindlichen und heftigen Schwächung unserer Position gegenüber dem Ausland bestehen. Man würde es nicht zugeben können, wenn der Reichsanlangers, während in den ausländischen Parlamenten die Handelsvertragsverhandlungen ruhig und offen erörtert werden, sich zur Prästierung einer großen und der Regierung nachteiligen Partei einschließen sollte, nur im nirgendwo anzufinden und die Stimmung draussen nicht zu verberben.“

Das Budget verweigert die Zunker nicht. Sie haben andere Mittel, wie das Schicksal Caprivis beweist. Nun wird Graf Salfer wohl auch bald einsehen, daß es kein besonders schlauer Streich war, als er 1902 die drei Zunker in die Arme warf und seine Hand dazu bot, durch den Antrag Kardorff den Gewaltstreik auszuführen zu lassen. In der demütigsten Nacht wurde ihm von den Zunkern die Hand gefaßt; sie gratulierten Willow zu dem Siege, den sie errungen hatten. Nun haben sie den Kanzler in der Hand und bereit hat recht, wenn er den Kanzler bedauert, der es jetzt wagt, etwas anderes als Werkzeug der Agrarier zu sein.

Gegen Grimmitzschau werden auch die Straußjunker mobil gemacht und so findet sich das ganze Zollwüderlaufkorps zusammen. Alle sonstige Feindschaft wird begraben. Zufällig ist den Straußjunkten gleichgültig, wie die Industriekonome mit ihren Verehrern fertig werden, aber die Ausbeuter aller Art glauben doch ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiter nicht untergehen zu können. Da es jedoch an halbwegs planmäßigen Gründen fehlt, so sucht man die Grimmitzschauer Vorzüge so zurecht zu stellen, als sei dort den Unternehmern ein Unrecht zugefügt. Schweinebuzgen Ärgern werden auch in der „Neue-Zeitung“ weiter verbreitet. Im Zunkerblatt hat die Schweinebuzgen folgende Wortwahl:

„Der Vertreter des Großgewerbes liebt es sehr, andere Leute und besonders die Arbeiter zu belächeln, als Wozjann zu bezeichnen und sich von ihnen die Karikaturen des Feuers holen zu lassen, während sie selbst häufig im Hintergrunde bleiben, um hinterdrein über „agrarische Begehrlust“ zu schimpfen und jedes Zugeständnis an die Landwirtschaft zu verweigern oder im besten Falle gleichgültig zuzusehen. Von besonderer Sympathie für sie kann also keine Rede sein. Wenn wir gleichwohl der Auffassung zuneigen, daß sie in vorliegenden Falle das bessere Recht auf ihrer Seite haben, so hängt das einzig und allein damit zusammen, daß der Ausland in Grimmitzschau von der Sozialdemokratie hinsichtlich angegriffen worden ist, weil sie einer Wozjann-Begehrtheit bedarf und sich davon vom Standpunkte des „Recht“ experimentum in corpore vult.“ Grimmitzschau ausgeführt hat. Diefem erziehlvollen, nichtswürdigen Beginnen mit vollem Nachdruck begegnet werden, weil die Landwirtschaft sonst ihren Zweck, die terroristische Einschüchterung nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer, und nach vollständigem Erreichen würde. Dieser Gefahr gegenüber müssen alle Bedenklichen schweigen, darf man nicht fragen, ob einem das Gesicht des Herrn Konventionsrats A. gefällt, oder nicht. Hier steht zu viel auf dem Spiel, als daß persönliche Empfindungen oder theoretische Erwägungen irgend welcher Art fördernd in den Weg treten dürften.“

das Sozialistengesetz gebot, so geht der Wüderlauf das Zollwüderlauf. Seit 1890 haben die Zunker immer nach Ausnahmegerichten gelächelt und jedes Tagesereignis dafür auszunutzen verstanden. Als in Frankreich der Präsident von einem Patienten ermordet wurde, sollte in Deutschland das Zollwüderlauf die Polizeibehörden in ganz Deutschland ihre Phantasie entzünden, um das „Material“ zu distillieren. Wären die Grimmitzschauer Weber nicht ausgebeutet, oder würden die Polizeibehörden nicht von den Arbeitern unterstützt, dann würde die „Neue-Zeitung“ doch nach Ausnahmegerichten schreiben, weil es den Zunkern darum zu tun ist, die Massen auszufüllen. Bereinigt sich aber der Zentralverband deutscher Industrieller mit den Straußjunkten, um den Arbeitern in Grimmitzschau eine Niederlage zu bereiten, dann müssen die Arbeiter den hingeworfenen Sandstein aufschmeißen und einmal den Kampf als das ansehen, als was er von den Gegnern hingeholt wird. Dann wird ein Sieg der Ausbeuter gleich sein mit einer Niederlage der Schlot- und Straußjunker.

Im Wahlkreise Schwaben-Lippe wird demnach eine Erstaufwahl zum Reichstago stattfinden müssen, da der im Juni v. J. gewählte, zur freiwirtschaftlichen Volkspartei gehörende Vertreter Seyboth durch die wegen Wählerfälschung erfolgte Verurteilung um 1 1/2 Jahre Gefängnis und fünf Jahren Exklusiv des Mandats verurteilt geht, sobald das Urteil rechtskräftig wird. Der Streik hat einen vielfachen Wechsel in der Vertretung durchgemacht. Von 1871—84 war er nationalliberal, von 1884—98 freiwirtschaftlich, von 1898—99 freiwirtschaftlich (erst links, dann Parzer Iskra), von 1898—1902 wieder freiwirtschaftlich vertreten. Bei der letzten Wahl erhielten dann in der Stichwahl wieder die Freiwirtschaftlichen den Sieg, obwohl sie mit 4548 Stimmen in der Hauptwahl erst an zweiter Stelle standen. Die größte Stimmenzahl von 6485 hatte der sozialdemokratische Kandidat Hugo erhalten. Außerdem waren für die Volkspartei (Freiwirtschaftlich) 3812, für die Mittelrechten 3309 Stimmen abgegeben. In der Stichwahl erhielt Seyboth 10348, unter Genosse 7039 Stimmen. Volksparteier und Mittelrechten haben also fünf Sechstel für den Freiwirtschaftlichen gestimmt. Nach dem Mathematischem Kandidaten werden sie bei dem bevorstehenden Wahlkampf einen um so schwereren Stand haben.

Die Uniformfrage in Preussen. Deutschland erfährt eine neue Veränderung. Aus militärischen Kreisen wird der „National-Zig“ mitgeteilt, daß am 27. Januar abermals eine einflussreiche Uniformänderung in Aussicht steht. Es wird von einer Wiederbeschaffung der neuen Uniform, aber auch von einer großen Neuauflage gesprochen.

Ebenfalls von militärischer Seite wird der konservativen „Schl. Zig.“ mitgeteilt, daß die kurz vor Weihnachten angedenkte Änderung aus den Offizierskreisen etwa die dreifache größere Veränderung seit Ende der 80er Jahre ist. In den letzten 16 Jahren habe jeder Offizier für Uniformänderungen 4 bis 500 ausgegeben gehabt. Die „Schl. Zig.“ meint, der Verfall dieser Uniformen sei sehr niedrig gewertet und er hätte seine Verbilligung noch wesentlich erweitern können. Eine Uniformstellung aller jetzt 1859 organisierten Bestimmungen bezüglich der Verbilligung und Ausführung würde zeigen, daß unter der Regierung Kaiser Wilhelms I. nicht fast so viel Neuerungen — und zwar durchweg Verbesserungen — angeordnet worden sind als jetzt.

Der dem Offiziersstand in solcher Weise aufgezwungene und völlig entbehrliche Mehraufwand ist ein sehr erheblicher; er beläuft sich für das Reich auf 25 000 000 zählende Krone auf etwa 15 Millionen. In der Zunkerzeitung ist die „National-Zeitung“ heißt es:

„Es wird fortwährend die Abstellung des Luxus in Armeekreisen von allen der Arme nachdenklichen Personen gefordert; anstatt dessen werden mangelnde neue kostspielige Abänderungen eingeführt und die Offiziere ohne Unterlaß zu neuen Ausgaben gezwungen. In der allerletzten Zeit hat der verberbende kommandierende General Feininger von der Goltz in Königsberg warnend seine Stimme gegen diese Armeekreise demütigend und verführerischen Neuerungen erhoben, wie man sieht, völlig umsonst! Man scheint an den leidenden und verarmten Soldaten Stellen keine Ahnung von dem Grund zu haben, den diese Neuerungen in der Arme hervorzurufen oder aber die selben schmerzhaft überleben zu lassen. Jeder Mensch muß gefaßt sein, daß diese einzigen Abänderungen mit großen Kosten verbunden sind, daß infolge unserer Abänderungen einflüsse die Abstände fortwährend anwachsen werden müssen usw. Und was soll das Ausland von uns denken, daß wir unangelegentlich mit solchen Abänderungen beschäftigt sind.“

Aus den zahlreichen Anzeigen, die speziell durch die Einführung des neuen Paletots veranlaßt worden sind, sei noch folgende Zuhörerin, von einem Vater von drei Offizieren, dem Träger eines in Berlin wie Stuttgart wohlbekannten Namens, an den „Schwad. Merkur“ gewandt:

„Es war und ist die höchste Zeit, daß nicht von Weibel und Genossen, sondern von jenen bereit, welche stets im Reichstago, in Versammlungen, in der Presse für die Arme und ihre bewährten Einrichtungen eingetreten sind, um die vielfachen Schäden, die im Laufe der letzten Jahre sich gesammelt haben, offen und freimütig aufzuzeigen gemacht wird. Es wird Aufgabe des Reichstags sein, bei Verbilligung der Mittel für die Arme diesen berechtigten Klagen Geltung zu verschaffen. Es ist geradezu unergreiflich, daß von den erfahrenen Männern, welche die Umgebung des Kaisers bilden, keiner den Mut zu haben scheint, dem Kaiser zu sagen, daß, wenn dem in der Kabineversteigerung ausgedrückten schmerzlichen Willen entsprochen werden soll, nicht fast jeden Monat eine Uniformänderung beschlossen werden darf, die meist nicht ohne weiteres zu realisieren ist, denn unter den 82 jetzt 33 Anwerbungen in den letzten Jahren finden sich nur wenige entscheidende Verbesserungen. . . . Es ist Pflicht aller wahren Patrioten, und in erster Linie der berufenen Mitglieder des Reichstags, dafür Sorge zu tragen, daß den geschädigten Mannschaften ein Ende gemacht wird, die eine viel größere Wirtschaftsmutung in weiten und den besten Kreisen zur Folge haben, als man an nachgebender Stelle weiß.“

Die „National-Zig.“ bemerkt schließlich: „Es sei hervorgehoben, daß Feiningers nur die Offizierskreise an diesen Fragen direkt und dringend interessiert sind,